

Einleitung

Die alte Reichshauptstadt Berlin hatte für die SED eine überaus hohe politische Bedeutung. Die Sozialistische Einheitspartei nahm die Westsektoren Berlins von Anfang an als „Pfahl im Fleische“ des eigenen Herrschaftsbereichs wahr. Alle Anstrengungen zu dessen Beseitigung schlugen fehl – auch nach zwei von der sowjetischen Führungsmacht der deutschen Kommunisten vorsätzlich ausgelösten großen Berlin-Krisen, die die Gefahr eines Weltkriegs in sich bargen, blieb das Problem bestehen. Mit dem Mauerbau fand die Entflechtung und Abgrenzung der Einflussphären der Großmächte in Deutschland einen menschlich brutalen, aber politisch in der Logik der Ereignisse liegenden Abschluss. Die sich schon vor Ende des Zweiten Weltkrieges abzeichnende Teilung Europas war nun vollständig. Fast dreißig Jahre später verschwand mit der Berliner Mauer auch die europäische Nachkriegsordnung.

In der Berlin-Frage war der Spielraum der DDR gegenüber der Sowjetunion aufgrund des Vier-Mächte-Status der geteilten Stadt besonders gering. Trotzdem bemühte sich die SED-Führung vor allem seit den sechziger Jahren immer wieder um etwas mehr Eigenständigkeit. Zweifellos einig waren sich die beiden „Bruderstaaten“ jedoch in ihrem langfristigen Hauptziel, der Einverleibung West-Berlins in den kommunistischen Herrschaftsbereich.

Die SED verstand ihre (West-)Berlin-Politik – wie die Deutschlandpolitik allgemein – als Außenpolitik. Wie auf allen anderen politischen Feldern lag die „Kompetenzkompetenz“ nicht bei den zuständigen Staatsorganen, sondern bei der führenden Partei der DDR. Berlin-Fragen wurden hier auf hoher und höchster Ebene bearbeitet, oft genug waren sie „Chefsache“. Die entsprechenden Entscheidungen fielen häufig Walter Ulbricht und später Erich Honecker persönlich. Deren Spielräume wurden allerdings durch die starke Abhängigkeit von den letztlich (fast) immer entscheidenden Anweisungen aus Moskau eingeschränkt.

Neben „außenpolitischen“ und humanitären Problemen war die Situation in Berlin durch eine Vielzahl lokalpolitischer Schwierigkeiten geprägt, da Verkehrs-, Wasser- und Abwassersysteme etc. ursprünglich natürlich gesamtstädtisch angelegt wurden, was die Lage nach der Teilung noch komplizierter machte.

Beide Aspekte der SED-Aktivitäten in Berlin-politischen Fragen – Außen- bzw. Deutschlandpolitik und lokale Erfordernisse – spiegeln sich in den im Fokus der Arbeit stehenden Verhandlungen und Gesprächen zwischen der DDR und dem Berliner Senat deutlich wider. Nachdem die Kommunikation zwischen den deutschen Behörden im sowjetischen Sektor und denen im Westteil der Stadt infolge der Spaltung der Stadtverwaltung 1948 zunächst fast gänzlich zum Erliegen gekommen war, setzten diese Kontakte in den sechziger Jahren zögernd wieder ein und erreichten in den achtziger Jahren ihre größte Intensität. Die eigentlichen politischen Autoritäten in Berlin – die vier ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkriegs – trafen dagegen zwischen 1948 und 1989 nur einmal zu direkten Verhandlungen über Berliner Probleme zusammen. Dennoch darf ihre dominante Rolle in Berlin

selbstverständlich ebenso wenig aus den Augen verloren werden wie der Einfluss der Bundesregierung.

Ab 1958 stellten Sowjetunion und DDR die Nachkriegsordnung in Berlin offen in Frage. Der zwischen Ost und West bestehende Dissens über den völkerrechtlichen Status Berlins bildete auch den Hintergrund des Streits darüber, ob es dem Berliner Senat möglich sei, „souverän“ Verträge mit der DDR abzuschließen oder nicht. Während die SED alles tat, um die Bindungen West-Berlins an den Bund zu schwächen und somit auf Separatverhandlungen mit dem Berliner Senat beharrte, konnte dieser nach westlichem Rechtsverständnis als (der Exekutivgewalt der Alliierten Kommandantur unterstellte) Landesregierung keineswegs eine eigene „Quasi-Außenpolitik“ betreiben. Deshalb musste er sich für eventuelle Verhandlungen mit Ost-Berlin erst durch die Bundesregierung und die Westmächte autorisieren lassen, bzw. solche Gespräche ganz den übergeordneten Autoritäten überlassen. Die diesbezügliche Gemengelage wurde durch die innerwestlichen Meinungsverschiedenheiten über den Grad der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik noch unübersichtlicher gemacht.

Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich nach einem kurzen Überblick über die erste Phase der Spaltung der Stadt zwischen 1948 und 1961 auf die Zeit zwischen dem Bau und dem Fall der Berliner Mauer. Im Mittelpunkt meiner Analyse steht die „offizielle“ Ebene der vielfältigen Bemühungen der SED, ihre Vorstellungen in praktische Politik umzusetzen. Daneben existierte aber noch eine zweite, verdeckt operierende Struktur: Das geteilte Berlin war über Jahrzehnte ein Eldorado der internationalen Geheimdienste, die an der Nahtstelle zwischen Ost und West umfangreiche Aktivitäten entwickelten. Das sich selbst als „Schild und Schwert der Partei“ verstehende Ministerium für Staatssicherheit der DDR betrachtete West-Berlin als einen sehr wichtigen Bereich des „Operationsgebietes“ – wie die nicht-kommunistischen Teile Deutschlands vom Mielke-Apparat genannt wurden. Dessen vielfältige Versuche, Einfluss auf die Westsektoren zu nehmen, sind nicht zuletzt aufgrund der weitgehenden Vernichtung der Überlieferungen der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS nur teilweise bekannt und können im Rahmen dieses Buches nur punktuell angesprochen werden. Auch die im Laufe der Zeit durch DDR- und sowjetische Stellen immer wieder geplante „Radikallösung“ des West-Berlin-Problems durch eine militärische Intervention wird nicht weiter behandelt.¹

Meine Studie hat sich insbesondere die Erschließung von Primärquellen zur Aufgabe gemacht. Neben einer umfassenden Auswertung der Sekundärliteratur fließen aber auch Zeitzeugeninterviews, insbesondere mit auf beiden Seiten am Verhandlungsprozess Beteiligten, in die Darstellung ein.

Im Verlauf der Untersuchung geriet eine Vielzahl von Fragen in den Blick:

- Welche Interessen standen hinter der (West-)Berlin-Politik der SED?
- Wie ordnete sich diese in die Gesamtpolitik der DDR-Führung ein?

¹ Vgl. dazu Wenzel 1997.

- Wie groß waren die Handlungsspielräume der ostdeutschen Protagonisten in diesen Fragen – insbesondere gegenüber dem „großen Bruder“ in Moskau?
- Welche Rolle spielte das deutsch-deutsche Verhältnis?
- Wie sah das strategische Ziel der Berlin-Politik der SED in den verschiedenen Phasen aus?
- Welche taktischen Mittel wurden insbesondere in den Verhandlungen mit dem Berliner Senat angewandt?
- Wer waren die dominierenden Akteure?
- Welchen Stellenwert hatten ideologische Vorstellungen bzw. wie stark realpolitisch/pragmatisch orientiert waren die handelnden Politiker?
- Wie perzipierten sie die Verhältnisse in West-Berlin?
- Last but not least soll nach den Wirkungen der „offiziellen“ Berlin-Politik der SED gefragt werden: In welchem Maße gelang es der Partei, Schwächen ihres westlichen Gegenübers auszunutzen?
- Gibt es Nach-Wirkungen bis heute?

Eine Darstellung der (West-)Berlin-Politik der SED wäre ohne eine (Teil-)Analyse der (Ost-)Berlin-Politik des Berliner Senats und die Wechselbeziehungen zwischen beiden unvollständig. Der Autor bekennt sich hier zu einer bewusst normativen Betrachtungsweise, die von manchen der damals in der „real existierenden Parteiendemokratie“ mit all ihren Sachzwängen handelnden Akteure möglicherweise als übermäßig kritisch angesehen wird. Die von der Sowjetunion und der DDR ausgehende existenzielle Bedrohung der Freiheit West-Berlins war jedoch auch in den achtziger Jahren noch offensichtlich. Angesichts dessen erscheint die vor allem für diese Zeit zu konstatierende Blauäugigkeit nicht weniger West-Berliner Politiker aus heutiger Perspektive nur schwer nachvollziehbar.

Die zeithistorische Forschung hat die „Inner-Berliner“ Verhandlungen bisher nur bruchstückhaft analysiert. Im Kontext dieser Untersuchung ergab sich eine enge Kooperation mit einem der wichtigsten früheren Verhandlungsführer des Berliner Senats in den Gesprächen mit Ost-Berlin, Senatsdirigent a.D. Gerhard Kunze. Im Herbst 1999 veröffentlichte der Forschungsverbund SED-Staat in seiner Studienreihe eine Analyse Kunzes, die von Jochen Staadt und mir redaktionell unterstützt wurde, in der der Autor nicht zuletzt seine eigenen jahrzehntelangen Erfahrungen mit der Berlin-Politik der SED verarbeitet hat.² Während Kunze eine detaillierte Übersicht über alle Verhandlungen gibt, die von 1949 bis 1989 zwischen Vertretern beider Teilstädte geführt wurden, und dabei besonders die Aktivitäten des Berliner Senats beleuchtet, habe ich mich auf die SED-Konzeptionen, ihre Einordnung in die Gesamtpolitik der DDR und den Versuch ihrer Umsetzung konzentriert, was natürlich ebenfalls die Analyse der westlichen Aktionen und Reaktionen einschließt. Insoweit ergänzen sich beide Untersuchungen sehr gut.

² Kunze 1999.

Durch die Kooperation mit Kunze konnte auch ein methodisches Dilemma verkleinert werden, vor dem meine Arbeit stand: Eine Einsichtnahme war nur in Akten der SED bzw. der DDR-Staatsorgane möglich; der Berliner Senat ließ sich trotz mehrfacher Anfragen nicht zu einer Benutzungsgenehmigung für die im Landesarchiv Berlin lagernden einschlägigen Aktenkonvolute bewegen. Durch Gespräche mit Kunze und die von ihm erhaltenen Hintergrundinformationen konnte die „Schiefelage“ meiner Archivstudien etwas ausgeglichen werden.

Trotz der erwähnten Einschränkungen wurden im Rahmen der Untersuchung umfangreiche Archivbestände ausgewertet. Dabei habe ich mich insbesondere auf die Überlieferungen des Zentralen und Internen Parteiarchivs der SED konzentriert (heute in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv). Auch die Bestände der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ erwiesen sich für das Thema als sehr bedeutsam. Gesichtet wurden ferner im Bundesarchiv Berlin lagernde Überlieferungen des DDR-Staatsrats sowie des Ministerrats. Die bei DDR-Akten zu bewältigenden „Glaubwürdigkeitsprobleme“ erwiesen sich als kleiner als bisweilen in der Öffentlichkeit von interessierter Seite suggeriert – eine quellenkritische Prüfung entsprechend fachlicher Standards vorausgesetzt.

Nicht selten wurden Berlin-politische Fragen auch direkt auf innerdeutscher Ebene verhandelt bzw. angesprochen, obwohl die SED dies eigentlich vermeiden wollte. Aus arbeitsökonomischen Gründen habe ich angesichts des Umfangs der einschlägigen Archivbestände und vor allem ihres Erschließungszustands auf eine vollständige Durchsicht der entsprechenden Vorgänge verzichtet. Insbesondere die nach dem Vier-Mächte-Abkommen gängige Praxis, (meist mit Finanzierungszusagen aus Bonn verbundene) Absprachen zwischen DDR- und Bundesregierung zu treffen und Ausführungsverhandlungen den Berliner Seiten zu überlassen, kann somit nur beispielhaft nachvollzogen werden, was die Darstellung der Berlin-Politik der SED in ihren wesentlichen Facetten jedoch nicht beeinträchtigt.

Die Vielzahl auszuwertender Archivalien, die zudem – wie z. B. die Überlieferungen des MfS – zum Teil nur unter Schwierigkeiten zugänglich sind, legt eine historisch-genetische, zum Teil deskriptive Darstellung nahe. Den roten Faden bildet dabei die Analyse der vielfältig variierten und mit unterschiedlichen Mitteln ausgetragenen Auseinandersetzung um den Rechtsstatus Berlins und seine praktischen Konsequenzen. Diese wurde sowohl zwischen den beiden Lagern als auch zum Teil innerhalb derselben geführt (DDR versus Sowjetunion; Berliner Senat versus Bundesregierung/Westmächte). Das chronologische Prinzip, das ich in den Kapiteln III bis V dieser Arbeit anwende, die die Zeit von der Spaltung der Stadtverwaltung 1948 bis zum Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens 1971 behandeln, wird ab Kapitel VI durch ein stärker an Sachthemen orientiertes Forschungsdesign ersetzt. Die Untersuchungsstränge laufen dann teilweise zeitlich parallel – manchmal sind zum Verständnis Rückblicke bis in die unmittelbare Nachkriegszeit notwendig. Diese Vorgehensweise ergibt sich aus der Pluralität der Verhandlungsfelder zwischen

beiden Teilstädten ab 1972, während bis dato – wenn überhaupt – im Wesentlichen über Reise- und humanitäre Fragen gesprochen wurde.

Im Zentrum der Analyse der nach dem Vier-Mächte-Abkommen fundamental veränderten Lage steht die spezifische Berliner Variante der deutsch-deutschen „Vertragspolitik“, die beide Seiten zur Durchsetzung grundverschiedener Ziele betrieben.³ Während der Berliner Senat mit Hilfe der Bundesregierung und der Westalliierten die Lage der eigenen Bevölkerung soweit wie möglich verbessern wollte, ohne den Status der Stadt zu gefährden, bemühte sich die SED einerseits, den Vier-Mächte-Status Berlins soweit wie möglich abzuschleifen (z. B. durch die permanente Forderung nach dem Abschluss völkerrechtlich gültiger Verträge zwischen Berliner Senat und DDR-Regierung) und sich andererseits vertragliche Zugeständnisse mit möglichst viel harter Währung versüßen zu lassen. Um den Stellenwert des statuspolitischen Kleinkrieges für die SED zu verdeutlichen, werden die Berliner Verhandlungen der siebziger und achtziger Jahre vor allem unter diesem Blickwinkel beschrieben.

So entsteht Schritt für Schritt ein – vor allem die „Mauerzeit“ – darstellendes Panorama der vielgestaltigen Verhandlungsstrategien und -taktiken der SED und ihrer Staatsorgane in Berlin-politischen Fragen inklusive der Wechselwirkungen mit den Aktivitäten West-Berliner Behörden und Parteien. Aus den Vorüberlegungen ergibt sich folgender Aufbau der Studie:

Das erste Kapitel reflektiert Theorie- und Methodenfragen sowie den Forschungsstand. Ein überzeugendes theoretisches Konzept für die Untersuchung der Außenpolitik (real-)sozialistischer Staaten existiert bisher nicht. Ich greife deshalb vor allem auf Überlegungen Helga Haftendorns zurück, die einen stringenten Analyserahmen für außenpolitische Entscheidungsprozesse entwickelt hat. Darüber hinaus wird kursorisch auf die sehr reichhaltige Literatur zu Strategie und Taktik in politischen Verhandlungen eingegangen.

Ein zweiter einführender Abschnitt analysiert die Rahmenbedingungen der SED-Berlinpolitik. Behandelt werden der Satellitenstatus der „Deutschen Demokratischen Republik“ gegenüber der Sowjetunion, die Machtstrukturen im SED-Staat – insbesondere das Verhältnis zwischen Partei- und Staatsorganen, die West- und Berlin-politischen Institutionen in der DDR sowie die ideologischen und mentalen Prägungen der SED-Akteure, die in ihrer Perzeption der jeweiligen außenpolitischen Situation zum Ausdruck kamen.

³ Der Begriff „Vertragspolitik“ wird in der Literatur unterschiedlich gefüllt: Während Heinrich Potthoff damit die Phase vom Amtsantritt der sozialliberalen Koalition in Bonn bis zum Abschluss und der Ratifizierung der großen innerdeutschen Verträge (Transit-, Verkehrsabkommen, Grundlagenvertrag) bezeichnet (vgl. Potthoff 1997, S. 13), definiert Karl-Rudolf Korte Vertragspolitik als operative Ebene der Deutschlandpolitik aller Bundesregierungen: „Milderung der Teilungsfolgen; Förderung der Beziehungen zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten; Intensivierung dieser Beziehungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen durch permanente Verhandlungen“ (Korte 1998, S. 9 f.). Auch wenn die Intensität der Vertragsverhandlungen sehr unterschiedlich war, kann man m. E. für die siebziger und achtziger Jahre in Berlin durchgängig von Vertragspolitik sprechen.

Das dritte Kapitel betrachtet zunächst den kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs fixierten völkerrechtlichen Rahmen für den künftigen Status Berlins, der auf die gemeinsame Verwaltung der deutschen Hauptstadt durch die Sowjetunion, die USA und Großbritannien ausgelegt war. Es folgt ein Überblick über den von SED und sowjetischer Besatzungsmacht gemeinsam vorangetriebenen Prozess der Spaltung Berlins bis zum Mauerbau und die vergeblichen Bemühungen der westlichen Politik, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Ferner untersuche ich die 1958 von DDR und Sowjetunion gemeinsam ausgelöste zweite Berlin-Krise. Im Mittelpunkt stehen die jeweiligen Interessenlagen Ost-Berlins und Moskaus sowie der Entscheidungsprozess im Warschauer Pakt, der zum Bau der Berliner Mauer führte.

In einem ausführlichen vierten Teil analysiere ich die lange Zeit vergeblichen Bemühungen des Berliner Senats, nach der Abschnürung der Berliner Westsektoren wenigstens für seine eigene Bevölkerung Reisemöglichkeiten in den Ostteil der Stadt zu schaffen und die Reaktionen Ost-Berlins und Moskaus auf dieses Anliegen. Der Verhandlungsprozess und sein Vorfeld sowie die dahinter stehenden Motivlagen und Abhängigkeiten beider Seiten werden detailliert unter die Lupe genommen. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Bemühungen der SED-Politik, aus der humanitären Zwangslage des Berliner Senats soviel politisches Kapital wie möglich zu schlagen. Daneben spielt auch der Versuch Ulbrichts, in der Berlin-Frage seine Spielräume gegenüber der Moskauer Vormacht zu erweitern, eine wichtige Rolle. Schließlich frage ich nach den Gründen für die im Laufe der sechziger Jahre immer virulentere Schwächung der westlichen Verhandlungspositionen in Berlin, die von der SED letztlich genutzt wurde, um die „Passierscheinperiode“ zu beenden.

Erst mit den Vier-Mächte-Verhandlungen 1970 ergaben sich dann wieder bedeutende Veränderungen der Lage. Kapitel V fragt zunächst nach den Gründen für eine neue Verhandlungsrunde der ehemaligen Alliierten zur Berlin-Problematik und beschäftigt sich sodann mit den Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Ost-Berlin um sowjetische Zugeständnisse an den Westen. Anschließend werden die Treffen zwischen Beauftragten Ost- und West-Berlins im Vorfeld des Vier-Mächte-Abkommens thematisiert. Ergebnisse gab es erst nach dem Durchbruch auf alliierter Ebene, Inner-Berliner Gespräche fungierten nun als Ausführungsverhandlungen zum Vier-Mächte-Abkommen. Im Fokus der Analyse stehen die vergeblichen Versuche der SED, mittels dieser Verhandlungen und durch Interventionen in Moskau die als ungünstig eingeschätzten alliierten Übereinkünfte noch im eigenen Sinne zu verändern. Schlussendlich behandelt der Abschnitt den Umgang Ost-Berlins mit der nun unvermeidlichen Reise- und Besuchervereinbarung und dokumentiert Manipulationen der DDR an der Einreisestatistik für West-Berliner Besucher, die zusätzliche Devisenmillionen in die Kasse des nicht nur finanziell maroden SED-Staats spülten.

Teil VI beleuchtet die Berliner Variante der deutsch-deutschen „Vertragspolitik“ nach der Beruhigung der Lage in der geteilten Stadt und die Moskauer Reaktionen darauf. In den Blick genommen werden die in intensiven Konsultationen mit der Sowjetunion formulierten neuen Ziele der (West-)Berlin-Politik der SED und der erste

größere Konflikt mit dem Westen nach dem Zustandekommen des Vier-Mächte-Abkommens: die Kontroverse um das Umweltbundesamt. Anschließend geht es um die Anstrengungen der neuen Parteiführung, Statusveränderungen für den Ostteil der Stadt zu erreichen, d. h. diesen stärker in die DDR einzugliedern. Derartige Vorstöße wurden von der Sowjetunion jedoch nur halbherzig unterstützt, was der SED die Grenzen ihrer Souveränität auch in Berlin-Fragen erneut brutal verdeutlichte. Noch größer wurden die Interessengegensätze zwischen Moskau und Ost-Berlin, als es auf innerdeutscher und Inner-Berliner Ebene zu pragmatischen Vereinbarungen kam, an denen die DDR vorwiegend finanziell interessiert war. Die Sowjets hielten indes die politischen Gegenleistungen Ost-Berlins für zu groß. Die diesbezüglichen Auseinandersetzungen zwischen den „Bruderparteien“ werden beispielhaft anhand des Streits um die Wiedereröffnung des West-Berliner Teilstücks des Teltowkanals beschrieben.

Welche immense Rolle Statusfragen für die praktische Politik in der geteilten Stadt spielten, macht Abschnitt VII besonders deutlich. Ausführlich analysiere ich zunächst den Streit um die von den Alliierten einvernehmlich mit der Durchführung des Eisenbahnverkehrs in ganz Berlin beauftragten Deutschen Reichsbahn. Die SED reklamierte rechtswidrig Eigentums- und Hoheitsrechte der DDR auch über Verkehrsanlagen in den Westsektoren, was zu permanenten Konflikten mit dem Berliner Senat und den Westalliierten führte. Die politischen Rahmenbedingungen wirkten sich sehr negativ auf die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn in den Berliner Westsektoren aus, erst recht nach dem Mauerbau und den anschließenden Boykottaufrufen. Die schlechte ökonomische Lage, insbesondere der S-Bahn, bekamen zuerst die West-Berliner Beschäftigten zu spüren. Deren Ärger entlud sich 1980 in einem großen Streik, in dessen Gefolge die SED einige Zeit später zähneknirschend zumindest den S-Bahn-Betrieb an den Berliner Senat übertrug. Statusfragen bestimmten darüber hinaus die von mir ebenfalls thematisierten Auseinandersetzungen um Schleusen und Wasserstraßen, Unglücksfälle an der Berliner Sektorengrenze sowie die vertragliche Regelung von Ver- und Entsorgungsproblemen der Berliner Westsektoren (Wasser, Müll, Elektroenergie etc.). Anhand dieser Problemfelder lässt sich die in Berlin sehr komplizierte Verschränkung lokalpolitischer und völkerrechtlicher Faktoren besonders klar zeigen.

Kapitel VIII behandelt die höchst problematische „Weiterentwicklung“ der Inner-Berliner Vertragspolitik in den achtziger Jahren. Der SED gelang es in diesem Zeitraum verstärkt, „technische“ Kontakte auf Beamtenebene in „politische“ Gespräche zu transformieren. Dabei traf sie auf breites Entgegenkommen des von Richard von Weizsäcker geführten CDU/FDP-Senats, der kaum statuspolitisches Problembewusstsein zeigte. Sensibler für diese Frage erwies sich erst Weizsäckers Nachfolger Eberhard Diepgen. Sehr deutlich wurden die sich nach wie vor diametral gegenüberstehenden Interessen der politischen Führungen beider Teilstädte im Vorfeld des 750-jährigen Stadtjubiläums. Die SED wollte um fast jeden Preis gemeinsame Feiern vermeiden und verstärkte ihre Anstrengungen, die Interpretationshoheit über die Stadtgeschichte zu erreichen.

Parallel zu den Kontakten auf Behördenebene gelang es der SED in den achtziger Jahren, immer umfassendere Parteibeziehungen nach West-Berlin zu knüpfen. Teil IX analysiert zunächst Aspekte der Steuerung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) durch die Ost-Berliner Mutterpartei und die sich im Laufe der Jahre wandelnden Sichtweisen der SED auf die Alternative Liste. Als weitaus bedeutsamer erwiesen sich die auch aus Sicht der Parteiführung überraschend erfolgreich verlaufenden Kontakte zur West-Berliner Sozialdemokratie, deren Funktionäre sich zunehmend als verhinderte Außenpolitiker gerierten. Neue Perspektiven für die West-Berlin-Politik der Sozialistischen Einheitspartei ergaben sich mit der Bildung einer rot-grünen Koalition im April 1989, die sich des Ost-Berliner Wohlwollens gewiss sein konnte. Ausführlich beleuchte ich die Diskussion um den wenige Wochen später stattfindenden Besuch des Regierenden Bürgermeisters im Ostteil der Stadt. Am Ende des Kapitels steht ein Überblick über die weitgehend ergebnislosen Kontaktversuche der SED zu den bürgerlichen Parteien West-Berlins. Eine Schlussbetrachtung soll die Vielzahl der Handlungsfäden der vorliegenden Studie noch einmal aufnehmen und bündeln.

Im Verlauf der Untersuchung kristallisierten sich einige zentrale Annahmen heraus, die in der Darstellung umfassend belegt werden: Die Beseitigung oder zumindest Neutralisierung West-Berlins als „Pfahl im eigenen Fleisch“ hatte für die SED über die gesamte Zeit der Existenz ihres Staates hohe Priorität. Freilich unterlag ihre Berlin-Politik denselben Rahmenbedingungen wie andere Politikfelder, die Grenzen des Handelns der SED-Führung wurden hier zum Teil besonders deutlich sichtbar. Zum einen engte die Sowjetunion den Spielraum ihres Juniorpartners auf diesem Feld noch stärker ein als in anderen Bereichen. Zum anderen führte das undifferenzierte und anachronistische Feindbild „Imperialismus“ bezüglich der Beurteilung West-Berliner Verhältnisse zu wahrscheinlich noch größeren Differenzen zwischen Realität und Perzeption als beim Blick auf die eigene Gesellschaft.

Trotzdem – und obwohl sich die Partei- und Staatsführung insbesondere wegen der prekären Devisensituation auf westpolitischem Gebiet generell zu immer pragmatischerem Handeln gezwungen sah – gehörte die (West-)Berlin-Politik zu denjenigen Bereichen, in denen die SED vergleichsweise erfolgreich agierte. Ironischerweise stand die Partei eigentlich vor hervorragenden Berlin-politischen Aussichten, als die Mauer fiel. Nicht nur für die große Mehrheit der Mitglieder und Funktionsträger der Regierungsparteien in West-Berlin, auch für bedeutsame Teile der bürgerlichen Opposition hatten sich die normativen Perspektiven der eigenen Berlin-Politik verschoben. Statuswahrung galt vielen Vertretern der politischen Klasse nicht mehr als Eckpfeiler für den Erhalt der Freiheit der Stadt, sondern als Betätigungsfeld „ewig Gestriger“. Stattdessen frönte man naiven Entspannungsphantasien, die mit den realistischen Konzeptionen der Frühphase der „neuen Ostpolitik“ nur noch wenig zu tun hatten, da sie den aggressiven Charakter des kommunistischen Systems nicht mehr erkennen konnten oder wollten. Insbesondere die Verwirklichung der schon Mitte der achtziger Jahre von hochrangigen SPD-Vertretern in Gesprächen mit SED-Funktionären geäußerten Vorstellungen zur Zukunft West-Berlins hätte

die Teilstadt in eine verheerende Abhängigkeit vom Wohlwollen der DDR-Führung gebracht.

Dass die West-Berlin-Politik der SED trotz der schwierigen Rahmenbedingungen relativ erfolgreich war, lässt sich also weniger durch ihre immanenten Stärken, sondern vor allem durch die schwindende Widerstandskraft der West-Berliner politischen Klasse erklären, wie diese Studie zeigen soll.

Schließlich noch eine orthografische Bemerkung. Auch auf diesem Feld kämpfte die SED für ihre eigene Interpretation des Status der Stadt. Entgegen den Regeln der deutschen Rechtschreibung schrieb man nicht West-Berlin, sondern „Westberlin“, entsprechend fand der Leser in DDR-Lexika unter dem Stichwort „Berlin“ nur Informationen über den Ostteil der Stadt, während die Westsektoren als eigenes Stichwort unter dem Buchstaben „W“ auftauchten.⁴ Zwischen der im „imperialistischen Ausland“ verorteten „besonderen politischen Einheit Westberlin“ und der „Hauptstadt der DDR“ stand also nicht nur die Mauer, sondern fast das ganze Alphabet. Während die SED handfeste „Bezeichnungspolitik“ praktizierte, war das entsprechende sprachliche Problembewusstsein in West-Berlin sehr schwach ausgeprägt. Immer größere Teile der Medien und selbst der Verwaltungen übernahmen die von der SED initiierte Schreibweise. Auch mehrfach erlassene Richtlinien des Berliner Senats konnten an dieser Praxis nur wenig ändern.⁵ Heute taucht sogar in Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung wie selbstverständlich die Schreibweise „Westberlin“ auf. Demgegenüber verwende ich ausschließlich „West-Berlin“ bzw. den offiziellen, aber etwas hölzernen Terminus „Berlin (West)“. In Primärquellen aus der DDR wird die Originalschreibweise jedoch beibehalten.

Der Buchtitel paraphrasiert Äußerungen, mit denen Ost-Berliner Unterhändler ihre West-Berliner Verhandlungsgegner immer wieder auf die Abhängigkeit der „Insel“ West-Berlin von ihrer Umgebung aufmerksam machen wollten. Die Fotos sollen – z. T. über die im Text behandelten Themen hinaus – einige zentrale Aspekte der Lage im geteilten Berlin vor Augen führen.

Zum Gelingen des Buches haben zahlreiche Personen und Institutionen beigetragen, denen ich Dank schulde. Die Fritz-Thyssen-Stiftung hat den ersten Teil des Projekts großzügig finanziell gefördert. Gerhard Kunze verdanke ich interessante Gespräche und Hinweise. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesarchivs und der BStU stellten wahre Aktenberge bereit, besonderer Dank gilt hier Herrn Frank von der Birthler-Behörde. Priv.-Doz. Dr. Klaus Schroeder und Professor Dr. Werner Väth danke ich für die Betreuung der dem Buch zugrunde liegenden Dissertation, die am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin verteidigt wurde. Sigurd Hilkenbach,

⁴ Vgl. Wölle 1995b, S. 28 ff. Auch auf Ost-Berliner Stadtplänen wurde der Westteil nur als graue Masse dargestellt. Auf Nahverkehrskarten waren die Westsektoren zum Teil quasi implodiert, Potsdam grenzte dann direkt an den Berliner Bezirk Mitte.

⁵ Vgl. Kunze 1999, S. 236 f.

Bodo Schulz, Arved Raabe und Ralf Gründer (Archiv Berliner Mauer) stellten Fotos zur Verfügung. Dank gebührt auch Cornelia Bronder für Hilfe bei der technischen Erstellung des Manuskripts sowie Herausgebern und Verlag für die überaus angenehme Zusammenarbeit.